

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

..... Sitzung des Wiener Gemeinderates am 4. Juni 2008

BEGRÜNDUNG

Atomkraft ist eine unnötige Hochrisikotechnologie, die mehr als 20 Jahre nach Tschernobyl am Auslaufen sein sollte. Gerade das atomkraftfreie Österreich könnte hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Das Thema Atomkraft wurde aber leider von der Regierung in den letzten Jahren massiv vernachlässigt.

In Wiens unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich zwei der gefährlichsten AKW in Europa, nämlich die beiden slowakischen AKW Bohunice und Mochovce. Diese liegen nur 120 Kilometer bzw. 200 Kilometer östlich von Wien. Bei einem Reaktorunfall ist Wien direkt betroffen und gerade die Wasserversorgung unserer Millionenstadt muss auch für eine solche Katastrophe gerüstet sein.

Die Slowakei plant mit Unterstützung durch den italienischen Stromversorger ENEL nun sogar den Ausbau des AKW Mochovce durch die Errichtung von zwei weiteren Blöcken, Mochovce 3 und 4. Die jahrelangen Diskussionen das AKW Mochovce werden durch diese Entscheidung prolongiert.

Ein weiterer Dauerbrenner in der Debatte um grenznahe AKW ist das AKW Temelin, das vor allem in Oberösterreich immer wieder für Aufregung sorgt. Der Entschließungsantrag, der im März im Parlament verabschiedet wurde, stellt allerdings eine Verbesserung in den zwischenstaatlichen Beziehungen dar. Das Informationsabkommen über die nukleare Sicherheit und den Strahlenschutz beinhaltet nicht nur eine Ausweitung der Informationspflichten, sondern auch eine Konkretisierung der Zusammenarbeit zwischen Tschechien und Österreich. Weiters gibt es die bilaterale parlamentarische Diskussion, die dazu dient, Lösungsvorschläge zu finden und die Gesprächsbasis aufrechtzuerhalten.

Österreich ist aber nicht nur von grenznahen AKW bedroht, sondern finanziert diese auch noch durch seine Mitgliedsbeiträge an EURATOM mit. Eine Revision des EURATOM-Vertrages ist dringend notwendig, um den milliardenschweren Finanzspritzen für die Atomindustrie ein Ende zu bereiten.

Die unterzeichnenden GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf sich dafür einzusetzen, dass der Ausstieg aus der Atomkraft in Europa vorangetrieben wird.

Konkret bedeutet das Folgendes:

- In Hinblick auf den Ausbau des AKW Mochovce sowohl gegenüber der slowakischen Regierung als auch gegenüber der italienischen Regierung auf die deutlichen Sicherheitsmängel hinzuweisen, die Einhaltung der grundlegenden europäischen und internationalen Normen wie etwa Espoo-Konvention und EU-UVP-Richtlinie und einen Stopp der gefährlichen Ausbaupläne zu verlangen. Diese Position soll auch auf EU-Ebene mit Nachdruck vertreten werden.
- In Hinblick auf das AKW Temelin die Gesprächsbasis weiter aufrecht zu erhalten und auf bilateraler parlamentarischer Ebene an Lösungen zu arbeiten.
- In Hinblick auf EURATOM, den Ausstieg Österreichs aus dem Vertrag zu bewirken sofern keine Revision bezüglich Förderung von AKW geplant ist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Anmerkung: Die Resolution wurde von drei Parteien eingebracht (SPÖ, Grüne und ÖVP) und von allen vier Parteien des Wiener Gemeinderats (auch FPÖ) einstimmig angenommen.